

Vollere Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ

des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Erscheint alle acht Tage
Abonnements bei allen Postämtern.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Bräudenstraße 10 b III
Zentralredaktion: Am Westplatz Nr. 2120

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, A.G., Berlin, Wallstraße 6.
Postfachkonto der Bank: Berlin 3093.

Der Preisabbau, eine Komödie zur Täuschung der Arbeiter!

Unmittelbar bevor der Reichstag gewaltsam den Zolltarif festsetzte, legte Reichstanzler Luther das Ergebnis ab, die Regierung werde für Preisabbau sorgen. Von vornherein war klar, daß die Zulage eine leere Gebärde bleiben werde, sie setzte sich auch zu dem Zwecke der Zollvorlage in Gegenfuß, denn die Zulage haben den ausdrücklichen Zweck, die Preise zu steigern. Dennoch erfüllte Luthers Versprechen auch in einem anderen und sogar sehr wichtigen Zweck, es diente zur Umweitung von Lohnforderungen.

Die angebliche Aktion Luthers unterlag auch der Prüfung im Reichswirtschaftsrat. Neben Vertretern der Regierung nahmen unter anderen Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände teil. Sehr läßt stehen die Herren der Industrie Luthers Plan gegenüber, sie erklären geradezu, der Plan habe kaum mehr als theoretische Bedeutung. Die Zollserhöhungen haben Agrarier und Industrieherrn im Saal Luthers Preisabbauverordnungen aber erweisen sich als Selteneblase. In einer Entschließung haben die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Arbeitgeberverbände schließlic erklärt, sie würden mit allen Kräften die Wünsche der Regierung wegen der Preisgestaltung unterstützen, aber dazu sei zuerst nötig die Ermäßigung der Körperschaftsteuer, zur Durchprüfung der Grundlage der Kartellsteuer, die Spitzenorganisationen in der Industrie bereit. Schließlic: Die Verringerung der Preisspannen vom Erzeuger bis zum Verbraucher muß erreicht werden. Eine allgemeine Lohnsteigerung würde jedoch jeden Versuch des Preisabbaues von vornherein zum Scheitern verurteilen.

Also auch hier dient zunächst Luthers Plan den Industrielassen zur Bemäntelung in der Umweitung von Lohnforderungen. Preisserhöhungen für jeden Lebensbedarf sind als Wirkung des Zolltarifes sicher, der Ausgleich im Lohn dafür wird verweigert. Dieser klare Sachverhalt wird zu bemänteln versucht mit Nebenarten von der Notwendigkeit der Einschränkung des Zwischenhandels. Zweifelloß wirkt der übermäßige Zwischenhandel außerordentlich verunsichernd.

Wir haben hier schon wiederholt betont, daß in vielen Fällen die Verteilung einer Ware mehr kostet, als ihre Herstellung und daß diese Verteuerung auf die Unmenge von Zwischenhändlern zurückzuführen ist. Diese Zwischenhändler stehen zwischen Erzeuger und Verbraucher, an ihren Händen bleibt ein schrecklich hoher Teil des Warenpreises hängen; obwohl sie keinen Handstreich nützliche Arbeit leisten, müssen sie sich am Tische der Wirtschaft, und das nicht gut. Solange diese Parasiten nicht ausgeschaltet werden, wird die Verbilligung der Waren schwer fallen. Jedermann kann dabei leicht mithelfen, indem er alle seine Bedürfnisse in dem Konsumverein deckt.

In welchem Maße die Zwischenhändler die Waren verteuern, geht aus einem Aussatz der „Täglichen Rundschau“: „Wer verteuert die Lebensmittel?“ vom 7. Juli hervor. Es wird darin festgestellt:

„Seit 1913 haben sich in Berlin die Handelsbeträge um mehr als 90 Proz., im Reich um 256 Proz. vermehrt. Besonders die gesteigerte Nachfrage nach Lebensmitteln ließ in diesen Jahren die Zahl der Zwischenhändler in unerwünschten Maße anwachsen, und die ungeordneten Verhältnisse gestatteten den Handels- und Gewerbeorganisationen, unterbehandlung der Verbilligung in einer Weise auszudehnen, die für die Verbraucher geradezu katastrophal wirken mußte. Ein Sachverständiger hat bei den Beratungen im Reichswirtschaftsrat unwidersprochen dargestellt, daß, wenn man die Erzeugerpreise gleich 100 ansetzt, der Kleinverkaufspreis für Fleisch 339 beträgt. Ein Pfund Kalbfleisch beste Qualität kostete:

1913: Beim Bauer	0,50	Mk.
1913: „ „ „ „ „ „ „ „	0,77	„
1913: Im Fleischerladen	1,—	„
1925 Mai: Beim Bauer	0,45 bis 0,55	„
1925 „ „ „ „ „ „ „ „	1,—	„
1925 „ „ „ „ „ „ „ „	1,70	„

Seit einigen Tagen kostet es im Laden in Berlin 2,— bis 2,40 Mk.“

Dabei herrscht bei der Preisbildung vollständige Anarchie. So konnten wir für dieselbe Ware in drei dicht beieinanderliegenden Läden Differenzen bis 40 Pf. feststellen.

Diese Feststellungen, die sich beim Handel mit anderen Waren bestimmt nicht viel anders ausnehmen, sind empörend. Auf die Befestigung solch ungeheurer Verteuerung mußten Erzeuger wie Verbraucher eigentlich gleich nachdrücklich dringen. Von den ersteren merkt man jedoch nicht viel.

Dagegen laufen die Unternehmer Sturm, um den Arbeitern alle Lasten aufzubürden. Sie verlangen die Aufhebung der Tarifvertragsordnung von Dezember 1918, soweit sie die Möglichkeit von Zwangstarifverträgen schafft. Die Aufhebung der Verordnungen über die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen und, wenn möglich, Abbau der sozialen Lasten auf der ganzen Linie. Die Industrie will ihre Ausgaben herabsetzen, will die Löhne kürzen und will, wie vor Jahrzehnten zur Zeit des seligen Stumm, wieder unbeschränkter Herr im Hause sein. Eine Herabminderung der Ausgaben, die die Produktion befallen, ist, angesichts der allgemeinen schwierigen Finanzlage in der deutschen Wirtschaft, gesamtlich. Aber man kann den Arbeitern und Angestellten nicht durch neue Steuern und durch Zulage höhere Lasten auferlegen und ihnen dann gleichzeitig auch die Löhne und die soziale Fürsorge kürzen wollen. Der ausschlaggebende Faktor im Produktionsprozeß ist die menschliche Arbeitskraft. Ein solches Verfahren muß aber zur Verelendung der breiten Massen und damit zur Vernichtung der Arbeitssubstanz führen.

Die Dinge spitzen sich zu. Die deutsche Wirtschaft ist, von der sozialen Seite her, in Bewegung geraten. Streiks und Ausperrungen, die oft gleich Hunderttausende von Arbeitern berühren, sind im Gange. Der ganze Wirtschaftskörper zittert wie eine Maschine. Im Augenblick sind zwar die großen Interessengruppen Sieger geblieben. Aber ihre Siegesfreude haben sie zunächst nur auf dem Papier eingeholmt. Es handelt sich bei diesem Kampf wider eine verteilte Wirtschaftspolitik nicht um eine parteipolitische Auslehnung dieser oder jener Bevölkerungsklassen, sondern um eine Erregung, die die weitesten Schichten des deutschen Volkes erfasst hat. Jeder, soweit nicht die Bevorzugten der Schwerindustrie und der Landwirtschaft in Betracht kommen, fühlt, daß sein Lebensstandard erheblich heruntergedrückt werden soll. Was sich jetzt vor unseren Augen abspielt, ist ein verzweifelter Existenzkampf von Millionen Menschen. Der Reichstanzler hat, ausgleichend, eine Preislenkung versprochen. Die Reichsregierung hat sich mit den Spitzenverbänden der Industrie und der Arbeitgeber ins Benehmen gesetzt, um die Preise . . . zu senken.

Trotz der hohen Steuern?

Trotz der hohen Zölle?

Man will es versuchen. Der Versuch muß natürlich schlagfallen. Und so hat man die papierne Entschlüsselung gefaßt, die Grundlagen der Kartelle durchsprühen. Die Kartelle laden natürlich darüber. Schon allein die Schutzollmauer schützt sie in ihrem Dasein. Die industriellen Interessenten, die mit den Kartellen auf Weib und Herd verbunden sind, desgleichen.

Unterdesse werden die Preise von Sprosse zu Sprosse weiter klettern. Für die Woche vom 15. bis 22. August berechnet Richard Calwer die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für eine viertköpfige Familie (Eltern mit 2 Kindern) auf 38,64 Mk., was gegen die Vorwoche — 37,08 Mk. — eine Steigerung

von 4,21 Proz. bedeutet. Vergleicht man mit dieser Summe, die nur allein für die Ernährung notwendig ist, die zurzeit gezahlten Löhne, so muß man klar erkennen, daß die Arbeiter nicht auf das Zukunftsmärchen vom Preisabbau warten können, sondern alles daran setzen müssen, um ihre Lebenslage zu verbessern. Es ist ein Skandal es so hinzustellen, als wenn die Ursachen für die unerhörten Preissteigerungen in Deutschland in den hohen Zöllen und Gehältern zu suchen seien. Die Lohnsteigerungen sind immer den Preissteigerungen um Monate nachgehinkt. Für die gewaltigen Preissteigerungen der letzten Monate sind Lohnserhöhungen wirklich nicht die Ursache gewesen.

Dabei brauchen Lohn- und Gehaltserhöhungen durchaus nicht immer Preissteigerungen nach sich zu ziehen, sie können weit gemacht werden durch eine bessere Organisation der Betriebe und der Arbeit, sowie durch Verbesserung der Technik. Das Ausland erbringt taufendfältige Beweise dafür, daß auf diese Art die dortigen hohen Löhne weit gemacht worden sind, trotzdem sie bis zu dreihundert Prozent über den Löhnen der deutschen Arbeiter liegen.

Auf jeden Fall müssen es die deutschen Arbeiter ablehnen, die Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel selbst zu tragen. Sie verteidigen damit ihr Lebensrecht.

Deswegen gilt es mit doppelter Energie die Voraussetzungen zu schaffen, um die kommenden Kämpfe erfolgreich führen zu können.

Zum zwölften Gewerkschaftskongress.

Beim Erscheinen dieser Nummer der Zeitung geht der Gewerkschaftskongress schon seinem Ende entgegen. Da wir bereits Sonnabend Redaktionschluss haben, ist es erst in der nächsten Zeitung möglich, über den Verlauf des Kongresses zu berichten. Derselbe trat in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Kämpfe zusammen. Mit allen Mitteln versuchten die Unternehmer, die sozialen Errungenschaften der Gewerkschaften planmäßig abzubauen und zu vernichten. Auf dem Kongress wurden neben den geschäftlichen Verhandlungen die großen Fragen der sozialen Gesetzgebung, der Organisationsform und der Wirtschaftspolitik behandelt.

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland galt bis vor dem Kriege als vorbildlich in der Welt, das heißt: daß Deutschland unter den Staaten des privatkapitalistischen Erdballes in der Sozialgesetzgebung die erste Stelle einnahm, daß seine Sozialgesetzgebung selbstverständlich vom kapitalistischen Geist durchsetzt war. Heute ist es von anderen Staaten nicht nur eingeholt, sondern überholt worden, und zwar in einem Maße, daß mit den Folgen des Krieges nicht mehr begründet werden kann. Der Kongress fordert in einer Kundgebung an den Reichstag und die Regierung schnelle und kräftige Weiterentwicklung der Sozialgesetzgebung.

Zur Organisationsfrage war es bereits vorher gelungen, eine gewisse Verständigung herbeizuführen. Der Bundesvorstand hatte dem Bundesauschuß eine Entschlüsselung zur Organisationsfrage vorgelegt, wonach der Gewerkschaftskongress erneut auf die Notwendigkeit hinweisen soll, daß die dem Bunde angeschlossenen verarmten Berufsorganisationen zum Zwecke möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisation sich zu Industrieverbänden zusammenschließen sollen. Gemäß dieser Entschlüsselung soll der Kongress den Bundesvorstand beauftragen, auf Grund der neuen Sachung, die der Kongress zu beschließen haben wird, die Industriearbeiterschaften nach Möglichkeit zu fördern. Die Entschlüsselung faßt außerdem eine Reihe von Vorstufen der Bundesfassung nach einmal zusammen, durch welche die dem Bunde angeschlossenen Gewerkschaften nachdrücklich zur strikten Befolgung der Grundzüge aufgefordert werden, die für das Vorgehen bei gemeinsamen Lohnverhandlungen

tungen maßgebend sein sollten. Endlich wird in der Entschliebung betont, daß neben der notwendigen Stärkung der Einzelverbände und neben der Förderung der Industrieorganisation die stärkste Konzentration der deutschen Gewerkschaften in der Geschlossenheit und starken Macht des ADBZ zu erlangen ist.

Die Aussprache legte Zeugnis ab von dem entscheidenden Willen aller Verbandsvorstände, die Einheit des Bundes zu wahren und seinen Einfluß zu mehren. Nach einer gründlichen Debatte wurde die Entschliebung des Bundesvorstandes mit allen gegen drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Es ist daher eine gemeinsame Grundlage in der Organisationsfrage gefunden worden, die dem Kongress eine Entscheidung dieser Frage erleichtern wird.

Unter Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Wirtschaft und die Gewerkschaften“ dürfte vollständige Einheit erzielt sein. Das Arbeitsgebiet des Breslauer Kongresses war ein großes. Hoffen wir, daß die gefaßten Beschlüsse sich als wirksames Rüstzeug im Daseinskampf erweisen werden.

Die Tarifbewegung der Tapezierer.

Der Tarifgedanke war bei den Tapezierern schon vor dem Kriege stark entwickelt. Waren doch für 80 Prozent der überhaupt im Beruf Beschäftigten im Jahre 1914 die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt. In der Nachkriegszeit, besonders in den Jahren 1919 bis 1922 hat die Zahl der Tarifverträge noch eine Steigerung erfahren, wenn auch die Zahl der Beschäftigten, begründet durch die Verhältnisse, zurückgegangen war. Der allgemeine Niedergang, der im letzten Viertel des Jahres 1923 durch die Inflation die gesamte Wirtschaft traf, brachte auch dem Tapezierergewerbe äußerst schlechten Geschäftsgang. Die Zahl der in den Betrieben Beschäftigten war bisweilen unter 50 Prozent der Vorkriegszeit zurückgegangen. Natürlich blieb das auf die Tarifentwicklung nicht ohne Einfluß. Waren Ende 1920 133 Tarife in 3717 Betrieben mit 12 800 Beschäftigten vorhanden, so war der Stand Ende 1923 auf 35 Tarife in 670 Betrieben mit 2766 Beschäftigten gesunken. Neben den 35 Tarifen, die die sonstigen Bedingungen regelten, waren allerdings 93 Lohnabkommen, die durch unseren Verband abgeschlossen, in Kraft. Ueberflüssig ist es, näher darauf einzugehen, stand doch in der Inflationszeit, ausgangs 1923, die Festlegung und Anpassung der Löhne über alles, schon bedingt durch die sprunghafte Veränderung der Lebensunterhaltung. Die Regelung der sozialen Verhältnisse im Arbeitsverhältnis trat in den Hintergrund. Die Festlegung der Arbeitszeit war zunächst durch Verordnung geregelt und war im allgemeinen als Kampfobjekt ausgeschaltet.

Erst bei der Stabilisierung der Währung und nachdem die wirtschaftliche Reaktion hereinbrach — mit den Forderungen der Arbeitgeber, Abbau der sozialen Bestimmungen in den Tarifen, Verlängerung der Arbeitszeit — trat die Bedeutung dieser Fragen erneut in den Vordergrund. Der Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages begann. Der Manteltariffrage, also den Festlegungen sozialer Bestimmungen mußte wieder die gebührende Beachtung zuteil werden.

Nach der gegebenen Situation und den besonderen Verhältnissen im Tapezierergewerbe war auch bei manchen Innungen und Arbeitgeber-Schutzverbänden das Verlangen nach einer längeren Arbeitszeit lebendig geworden.

Jedoch der Umstand, daß in genanntem Gewerbe der Kleinbetrieb vorherrschend und die Arbeitgeber in der großen Mehrzahl selbst ohne Kapital nach der Inflation waren, ließ nicht den Mut in ihren Reihen aufkommen, so wie die Herren in der Großindustrie mit den brutalsten Machtmitteln vorzugehen. Wir schrieben damals, als auch solche Großmannsgelüste einzelne Innungsgrößen und Arbeitgeberschutzverbände betamen: **Wit der Diktatur geht es nicht!** Freilich, die Kündigung der Manteltarife konnten wir nicht verhindern. Wie schon betont, war die Zahl der bestehenden Verträge Ende 1923 stark zusammengeschmolzen, aber fast alle nennenswerten Tarife, die noch bestanden, wurden im Frühjahr 1924 gekündigt, da es sich ja überwiegend um Ortstarife handelte. Die Kernfrage war natürlich überall die Regelung der Arbeitszeit.

Aber neben der Neuregelung der Manteltarife für die Tapezierer erwuchs für unseren Verband zu gleicher Zeit die weitere, umfangreichere Aufgabe auch in der Lederwarenindustrie dieselbe Arbeit in Angriff zu nehmen. Desgleichen in den anderen Branchen, der Dreibriemer und Fahrzeugindustrie, soweit wir bei letzterer bestimmenden Einfluß hatten. Die Aufgabe schien über unsere Kräfte zu gehen. Der Kampf um die Arbeitszeit setzte auf der ganzen Linie ein. Der Verbandsvorstand, der zu der äußerst schwierigen Situation Stellung nahm, hat kein Mittel unversucht gelassen, um die wöchentliche 48 stündige Arbeitszeit zu halten.

Nachdem es zum übergroßen Teil bei den anderen Branchen unseres Verbandes gelungen war, Tarife mit der 48stündigen Arbeitszeit zu vereinbaren, gingen wir im Kontakt der einzelnen Ortsverwaltungen dazu über, den Aufbau der örtlichen und bezirklichen Manteltarifverträge im Tapezierergewerbe in Angriff zu nehmen. Der Verbandsvorstand hat im Verein mit den in Betracht kommenden Orten kein Mittel gescheut, um dem Ziele, die Verbesserung der sozialen Verhältnisse durch Tarife zu erstreben und durchzusetzen, näher zu kommen. Die Leitung, mit dem festen Willen besetzt, vorwärtszukommen, hat bei der Rührigkeit unserer Funktionäre in kurzer Zeit die Schaffung neuer Tarife vollzogen, wie folgende Aufstellung zeigt, und die 46- bis 48stündige Arbeitszeit veranfert.

Im Jahre	Anzahl			
	der bestehenden Manteltarife	der Orte	der Betriebe	der Beschäftigten
Ende 1923	85	80	670	2766
Ende 1924	61	81	1350	4989
bis 1. 7. 25	60	181	2766	9079

Im Jahre 1924 bestand nur ein Bezirkstarif, im letzten Halbjahr gelang es jedoch weitere zwei abzuschließen, so daß jetzt für den Freistaat Baden, Württemberg, sowie für das Bergische Land, Elberfeld-Barmen, Bezirkstarife existieren. Diese Tarife haben den Vorteil, daß sie nicht nur in den großen Orten, wo naturgemäß die größere Zahl der Tapezierer lebt, bindende Regelungen treffen, sondern auch die mittleren und kleinen Orte erfassen. Der Ausbau solcher umfassenden Verträge ist empfehlenswert bei gleichgelagerten Verhältnissen, besonders dort, wo durch Zusammenfluß mehrerer Orte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse entscheidend beeinflusst werden können. In den Großstädten bestehen bis auf 5 Orte überall Manteltarifverträge. Leipzig hat diese Woche einen Tarif abgeschlossen; die Anerkennung in den noch verbleibenden vier Orten ist nur noch eine Frage der Zeit. Neben den Manteltarifen ist natürlich die aus den Zeitverhältnissen herausgeborene und durch die ständig sich verändernde Lebenshaltung begründete Neuregelung der Löhne Bedingung, die bekanntlich durch Lohnabkommen extra geregelt werden.

Neben den bestehenden Tarifen sind außerdem in 42 Orten mit circa 700 Betrieben bei 2500 Beschäftigten durch Lohnabkommen mit unserem Verband die Löhne geregelt und die 48stündige Arbeitszeit festgelegt. Ein Teil der Orte haben neben dem Lohnabkommen und der Arbeitszeitregelung auch die Ferien festgelegt. Allgemein ist zu beobachten, daß in diesem Jahr die Zahl der Beschäftigten im Gewerbe, mit Ausnahme weniger Orte, zugenommen hat. Die in den Sommermonaten, während der Reisezeit, eingesehene Stöckung ist sicher wie in früheren Jahren nur eine vorübergehende Erscheinung. Unabweisbar wird mit zunehmender Befebung des Baumarktes auch für das Tapezierergewerbe sich eine stabilere Beschäftigungszeit einstellen.

Hat ein großer Teil Orte die seit einiger Zeit ansehendere Besserung im Gewerbe zu nutzen verstanden und in Tarifverträgen das Ertrungene festgelegt, so muß es das Bestreben der noch fehlenden Orte sein, zu versuchen, daß bei geeigneter Zeit dort, wo die Vorbedingungen gegeben sind, ebenfalls Tarife zu vereinbaren. Sind auch die noch ohne Manteltarif arbeitenden Orte meist Mittel- und Kleinstädte, abgesehen von den vier erwähnten Großstädten, so ist es doch nicht minder wichtig, daß die führenden Kollegen alles daran setzen, das Reg der Tarife restlos auszubauen.

Haben wir uns im Verein mit dem Verbandsvorstand, bei bemühtem Willen und zielbewußtem Handeln — freilich in manchen Orten bei schweren und langen Kämpfen — bei dem Wiederaufbau der Tarifverträge in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt, so wollen und müssen wir auf diesem Weg bis zu Ende gehen.

Die Preisdiktatur der Kartelle.

Wie durch die Verbände der Produzenten und der Händler heute Preise gemacht werden, darüber veröffentlicht die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, Nr. 34, vom 22. August einen neuen sehr beschreibenden Fall, der diesmal den größten Konsumverein in Schleswig-Holstein betrifft, der sich gegen die Bestimmung eines Kohlenyndikatstatuts und gegen das diktatorische Vorgehen des dortigen Verbandes der Kohlenhändler wehrt.

Der in Frage kommende Konsumverein hat bis Juni 1925 für Braunkohlenbrikette 1,35 Mk. je Zentner ab Maß genommen. Da die Löhne inzwischen ganz wesentlich gestiegen sind, mußte der Preis ab Anfang Juli auf 1,45 Mk. je Zentner ab Maß festgelegt werden. Der Landesverband der Kohlenhändler ver-

langt jetzt aber, daß für Braunkohlenbrikette 1,70 Mk. je Zentner ab Maß genommen wird. Der Konsumverein weigert sich natürlich, diese Preise zu nehmen, muß aber gewärtig sein, daß über ihn die Sperre verhängt wird. Der Konsumvereinschreibt, daß der Preis von 1,70 Mk. für den Zentner Braunkohlenbrikette so hoch sei, das heute englische Kohle am Plage unter diesem Preis verkauft werde. Dabei muß beachtet werden, daß Braunkohlenbrikette nur einen Heizwert von 4000 Kalorien aufweisen, während die englischen Kohlen einen Durchschnittsheizwert von 6500 Kalorien haben. Die Interessen des deutschen Volkes werden durch diese Syndikate mit ihren Händlerinteressen einfach mit Füßen getreten. Wir brauchen notwendig Arbeit für deutsche Arbeiter und haben es wirklich nicht nötig, daß unsere Handelsbilanz noch verschlechtert wird durch, daß englische Kohlen in großem Maß eingeführt werden. Wenn aber das Syndikat in seinem Bestreben fortfährt, dann wird natürlich der Verbrauch von Briketten an den Küstenplätzen zunehmen, besonders dann, wenn die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht wird, daß sie einen viel zu hohen Preis für Brikette zahlt.

Der in Frage kommende Konsumverein hatte vor kurzem eine Sitzung mit dem Vorstand des Landesverbandes der Kohlenhändler, in der die ganzen Maßnahmen in erster Linie damit begründet wurden, daß die Aufgabe Deutschlands sei, den Mittelstand zu erhalten. Nach der Beobachtung des Konsumvereins müßte der Umsatz der einzelnen Kohlenhändler ein sehr geringer sein, was keinen Grund jedenfalls darin hat, daß im verflochtenen Winter infolge der warmen Temperatur noch große Bestände bei den Konsumvereinen vorhanden sind. Dieser geringe Umsatz soll nun durch zum Ausgleich gebracht werden, daß die Preise entsprechend höher und der Handel eine ganz enorme Verdienstspanne hat. Der Konsumverein erklärt, er sich auf keinen Fall der Preisbittatur fügen wird und falls das Syndikat die Sperre verhängt, wird er dafür Sorge tragen, daß seine Mitglieder an Stelle der deutschen Brikette englische Kohle verwenden, was es befreit für ihn gar keine Veranlassung, seine Mitglieder so hohe Preise abzunehmen. Die genannten Bestimmungen sollen in Schleswig-Holstein dazu führen, daß den Händlern ein Gewinn geschaffen wird, der weit über das erforderliche Maß hinausgeht.

Auch von dieser Mitteilung ist dem Herrn Reichstagsrat und dem Herrn Reichswirtschaftsminister Kenntnis gegeben und beantragt worden, für sofortige Aufhebung der verheerenden Bestimmung des Syndikatsvertrags Sorge zu tragen.

35 Milliarden verloren.

Ein bekannter Volkswirtschaftler schätzt den Anfall an Lohn- und Gehaltsentkommen der Lohnarbeiterschaft während der Inflationszeit gegenüber der Vorkriegszeit auf 35 Milliarden Goldmark. Nach dieser Schätzung betrug das Lohnentkommen von 10 Millionen Arbeitern, die vor dem Krieg in Deutschland beschäftigt waren, jährlich 10 Milliarden Mark (mit 1000 Mk. je Kopf gerechnet). Die Geldentwertung begann im Jahre 1916 und bis zum Zusammenbruch des Währungszusammenbruchs 1923 betrug der Reallohn dieser Arbeiter durchschnittlich 50 bis 70 Prozent des Vorkriegsnahmes, das heißt es war ihr Reallohn jährlich um 3 bis 5 Milliarden Mark geringer als vor dem Krieg. Rechnet man die Löhne und Gehälter der in Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter und Angestellten und die Beamtenbesoldungen hinzu, so hat die Lohnempfängererschaft durchschnittlich 5 Milliarden Goldmark weniger erhalten als vor dem Krieg — in 7 Jahren 35 Milliarden Mark. Das war das finanzielle Kriegs- und Inflationsopfer der Arbeiter. Ungefähr denselben Betrag haben die Rentner durch die Geldentwertung verloren. Wohin verschwand diese ungeheure Summe, die dem Verbrauch der Arbeiter und Rentner entgegen wurde? Zum Teil wurde sie für unproduktive Zwecke, wie Kanonen, Munition usw. verpulvert, zum Teil wanderte sie zu den Rühlheimern der Inflation, welche diese Summen zur Vermeerung ihrer Vermögenssubstanz, das heißt zur Erweiterung ihrer Ertragsartagen verwendeten.

Mitgliederbewegung des ADBZ im Jahre 1924.

Der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Mitgliederbewegung im Jahre 1924 entnehmen wir unter anderem folgendes: Dem Bunde gehörten im Jahre 1924 41 Verbände gegen 44 Verbände im Jahre 1923 an. Die Verbandsänderung erklärt sich dadurch, daß sich im Jahre 1924 die Affphalteure dem Baugewerksbunde, die Kürschner dem Verbands der Bekleidungsarbeiter und die Steinfeger dem Verbands der Steinarbeiter angeschlossen haben. Die 41 Verbände zählten zusammen 16 500 Mitglieder. Die 44 Verbände zählten zusammen 16 800 Mitglieder. Die Abnahme zeigt, daß viele Zweigvereine, besonders die

Nein, der Inflation zum Opfer gefallen sind. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände insgesamt 4 473 619 männliche, 321 140 weibliche, 169 404 jugendliche, zusammen 4 964 163 Mitglieder. Die Bewegung vollzog sich im einzelnen wie folgt:

Table with columns: Year, Month, Abnahme, Proz. Rows for 1923 and 1924 from March to December.

Der Rückgang in der Mitgliederbewegung hat sich am Ende des Jahres 1923 und im ersten Halbjahr 1924 vollzogen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind unsicher zu erkennen. Sie sind Nachwirkungen der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, der Lähmung der Produktion, der Einschränkungen der Bewegung des Abbaues von Arbeitern und Angestellten in öffentlichen Betrieben und der starken Arbeitslosigkeit, des Verfalls der Unterfügungeinrichtungen während der Hochinflation, und schließlich der kommunikativen Treiberen innerhalb der Betriebe. Leider sind so die Gewerkschaften zu einer Zeit geschwächt worden, wo ein starker Wall und ein starkes Bollwerk gegen die Ansprüche des Unternehmertums von größter Bedeutung und bitter notwendig war.

Das Jahr 1924 schließt mit 3 975 002 Mitgliedern ab. Die Zahl ist um 1 766 115 = 30,8 Proz. geringer als ihr Stand am Ende des Vorjahres. Mit dieser Zahl kann die rückläufige Bewegung als überwinden angesehen werden. Seit Anfang des neuen Jahres geht die Bewegung wieder aufwärts. Die letzte Jahresstatistik des ADGB. verzeichnet für März 1925 wieder 4 188 297 Mitglieder. Das ist seit dem besten Stand eine Zunahme von 213 295 = 5,4 Proz. Diese Mitgliederzahl kann nunmehr als der geistige Bestand des ADGB. bezeichnet werden, der allen Stürmen getrotzt hat. Auf dieser Grundlage wird sich der Wiederaufbau vollziehen.

Bei dem Rückgang in der Mitgliederzahl ist von Bedeutung, daß sich die weiblichen Mitglieder stärker vermindern als die männlichen. Die Abnahme beträgt bei den männlichen Mitgliedern 34,1 Proz., bei den jugendlichen 35,7 Proz. und bei den weiblichen 39,6 Proz.

Die Klassenverhältnisse der Verbände haben sich im Berichtsjahre günstiger gestaltet, als nach der Schätzung der Inflation zu erwarten war. Nach den vorliegenden Angaben über die Beitragsleistungen, die 26 Verbände mit 3 106 613 Mitgliedern erfallten, ergibt sich für das Jahr 1924 gegenüber 1913 folgendes Bild:

Table comparing 1924 and 1913 membership statistics. Columns: Jahresbeitrag, 1924 Mitglieder, %, 1913 Mitglieder, %.

Der Vergleich ergibt, daß die Höhe der Beitragsleistung im Jahre 1924 hinter der des Jahres 1913 zurücksteht. Das Schwerkergewicht der Beitragsleistung haben in beiden Jahren die Beitragsstufen aus 20,81 bis 36,40 Mt. Sie umfaßten im Jahre 1924 nur 64,5 Proz., im Jahre 1913 dagegen 74,5 Proz.

Die Einnahmen aller Verbände zusammen betragen 97 037 600 Mt. Gegenüber 1913 ergibt sich folgende Veränderung der Einnahmen:

Table showing revenue changes between 1924 and 1913. Columns: 1924, 1913.

Die Gesamteinnahme im Jahre 1924 übertrifft zwar um 14,9 Millionen die für 1913 verzeichnete Summe, doch steht der auf jedes Mitglied entfallende Anteil im Berichtsjahr um 10,68 Mt. hinter dem des Berichtsjahres zurück. Eine Gegenüberstellung der Ausgaben ergibt in beiden Jahren folgendes Bild:

Table comparing expenditures between 1924 and 1913. Columns: 1924, 1913.

Die für Unterfügungszwecke verausgabte Summe ist im großen und ganzen auf die zweite Hälfte

des Jahres 1924. Größere materielle Mittel erforderten die umfangreichen Wirtschaftskämpfe, die im einzelnen den Streikenden und Ausgesperrten nicht in der gleichen Höhe wie in der Vorkriegszeit gewährt werden konnten. Unter den Ausgaben für Bildungszwecke befinden sich 2 895 986 Mt. für die Presse. Alle Verbände gaben 1924 Zeitungen heraus, und zwar erschienen 28 Zeitungen wöchentlich, 5 vierzehntäglich, 5 monatlich zweimal und 3 monatlich einmal. Die Höhe der Gesamtauflage betrug am Schluß des Berichtsjahres 4 152 375. Daneben gaben 9 Verbände Jugendorgane und 8 Verbände zusammen 14 Fachzeitschriften beziehungsweise Branchenorgane heraus.

Das Vermögen der Verbände, das sich im Jahre 1913 auf 88 000 000 Mt. belief, fiel durchweg der Inflation zum Opfer und muß neu gebildet werden. Ausgaben über den Kassenbestand am Schluß des Jahres 1924 machten 36 Verbände. Diese verzeichneten zusammen einen Vermögensbestand von rund 27 Millionen Mark. Davon befanden sich 19 Millionen in den Hauptkassen.

Wenn in Betracht gezogen wird, wie schwer das gesamte Wirtschaftsleben unter der Inflation gelitten hat, so erscheint die Finanzgebarung der Gewerkschaften nach der Währungsstasitrophe in einem sehr günstigen Licht. Die finanzielle Erholung ist ein erneuter Beweis für die Lebenskraft der Gewerkschaften. Sie berechtigt zu der Zuversicht, daß sie in absehbarer Zeit ihre frühere Leistungsfähigkeit wiedergewinnen und darüber hinaus steigern werden. Der starke Verlust an Mitgliedern ist schmerzhaft. Jedoch ist hier



Die Moral der Wucherzöllner.

Hat man viel, so wird man bald Nach viel mehr dazu bekommen. Wer nur wenig hat, dem wird auch das wenige genommen.

Wenn du aber gar nichts hast, Ach, so laße dich begraben — Denn ein Recht zum Leben, Dumy, haben nur, die etwas haben.

Heinrich Heine.



die Wendung zum Bessern bereits eingetreten, und weiter darf nicht vergessen werden, daß die Verbände gegen die Vorkriegszeit noch einen Mitgliedererwerb von 2 Millionen zu verzeichnen haben. Trotz aller Stürme, die über die Gewerkschaften hinwegzogen, sind sie für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der großen Masse des wertvollen Volkes führend geblieben. Sie werden es auch in Zukunft bleiben.

Aus den Verbänden.

Im Laufe dieses Frühjahrs und Sommers hat eine Anzahl Gewerkschaften ihre Verbandstage abgehalten. Die Fleischer treten zugleich ihr fünfundsiebenzigjähriges und die Maler ihr vierzigjähriges Verbandsjubiläum. Weiter fanden statt Verbandstage der Steinarbeiter, der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Friseurgehilfen, der Eisenbahner, der Bekleidungsarbeiter, der Lederarbeiter, der graphischen Hilfsarbeiter, der Hutarbeiter, der Fabrikarbeiter, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Buchbinder, des Verkehrsbundes, der Lithographen und der Holzarbeiter. Ueber den Verbandstag der Lederarbeiter haben wir schon ausführlicher berichtet. Auf allen Verbandstagen zeigte sich das Bestreben, nach Ueberwindung der großen Inflationschäden die Organisationen wieder aufzubauen. Die Kampfmittel wurden einer genauen Prüfung unterzogen und ausgebaut, die Streikunterstützung und die sozialen Unterfügungen wieder so gestellt, daß sie im Kampf brauchbar sind. Dabei ist zu bemerken, daß ein einheitliches Beitragssystem, wie es gerade in letzter Zeit vielfach als erwünscht bezeichnet wurde, auch in weiter Ferne zu liegen scheint. Während ein Teil der Verbände wieder feste Einheitsbeiträge zur Einführung brachte, halten andere Verbände an dem System — ein Beitrag ein Stundenlohn — fest. Dabei kommen wiederum die verschiedensten Berechnungsarten zur Anwendung.

Auf der Tagung der deutschen Eisenbahner kam es zum Zusammenschluß zwischen dem Eisenbahnerverband und der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten Deutschlands. Auf allen Verbandstagen wurde die dergleiche Wirtschaftstage, sowie die Stellung zu den Industrieverbänden eingehend behandelt.

Eine weitere Anzahl von Verbandstagen findet nach im Laufe des September statt, so für die Böttcher, der Gärtner, die Porzellanarbeiter und die Tabakarbeiter.

Streikversicherungskassen der Unternehmer.

In der Zeit der Aussperrungswut der armen Unternehmer versuchen auch die Streikversicherungskassen der Unternehmer ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Es gibt deren mehrere in Deutschland und anscheinend bereiten sie einander scharfe Konkurrenz. Augenblicklich ist es der Deutsche Industrieclubverband, Sitz Dresden, der mit viel Reklamepapier in die Unternehmerbureaus hereinbricht, um sich als den allein seligmachenden schützenden Streikklub zu empfehlen. Selbstverständlich stellt er einteiend die Gewerkschaften als Musterorganisationen hin, die es ihren Mitgliedern durch finanzielle Unterstützung ermöglichen, mit großer Ruhe die Erreichung des geistlichen Zieles abzuwarten. Daran sollen sich die Unternehmer ein Beispiel nehmen.

Es ist natürlich, daß die etwa in dem einen Gewerbe durchgedrückten Lohnerhöhungen nachher für alle anderen Branchen von den Schlichtern ihren Schiedsprüchen zugrunde gelegt werden, ja, zugrunde gelegt werden müssen, weil ja sonst die Arbeiter der anderen Branchen in ihrem Lebensunterhalte ungünstiger gestellt sein würden. Die Stärkung des Widerstandes liegt deshalb in ihrem eigenen Interesse.

Diese verstärkte Tätigkeit der Streikversicherungskassen deutet auf verstärkte Kampfmaßnahmen der Unternehmer. Aber nicht nur die finanzielle Seite der Streikklubkassen für Unternehmer interessiert uns. Sie leisten auch Aufklärungsarbeit unter den Betriebsbelegschaften.

„Unser Verband führt im Interesse der Mitglieder aber nicht nur in Differenzfällen den Kampf mit Gewerkschaften und Arbeiterkraft, sondern er bemüht sich auch um die Aufklärung der Arbeiterkraft über volkswirtschaftliche Dinge, wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten. In Hunderttausenden von Exemplaren werden beständig, und zwar unter neutraler Flagge Druckschriften und Flugblätter an die Arbeiterkraft verandt, worin sie über volkswirtschaftliche Begriffe, Kapital, Unternehmer, Geld, Lohn, Preis usw. aufgeklärt wird. Namentlich an die Betriebsräte der Mitglieder kommen solche Flugblätter, auch kleinere Schriften zum Versand, wie z. B. eine Klarstellung über die Unmöglichkeit der Einführung der Ford'schen Arbeits- und Lohnmethoden, die die Köpfe der Arbeiterkraft in letzter Zeit so verdreht haben, über die technische Nothilfe, Preisabbau und so fort.“

Wir haben es eigentlich herrlich weit gebracht in Deutschland, daß jeder besorgsamste Unternehmer glaubt, mit solchen „Aufklärungsmethoden“ bei der Arbeiterkraft Eindruck zu gewinnen. Eine feine Gesellschaft, die sich da zur Verbummung und Beschimpfung der Arbeiterkraft zusammenfindet. Streikklubkassen, Stahlheimverbände, technische Nothilfe, Gelbe und abwärts von ihnen, aber mit derselben Hingabe, Kommunisten. Wertt euch das Kollegen! Schließt die Reihen der Gewerkschaften fester zusammen!

Abrechnung des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes über das zweite Quartal 1925.

Mitgliederbewegung: Bestand am Schluß des ersten Quartals 1925 26 749 männliche und 6545 weibliche Mitglieder. Eingetreten sind 3743, zugereist 253 und sonstige Annahmen 225. Ausgeschlossen wurden 2691, abgereist sind 612, sonstige Abmeldungen 200 und als verstorben gemeldet 52. Es verbleiben am Schluß des zweiten Quartals 27 341 männliche und 6614 weibliche Mitglieder, das entspricht einer Zunahme von 592 männlichen und 69 weiblichen Mitgliedern.

Die Kassengebarung war folgende: Einnahmen der Lokalkassen: Bestand am Schluß des ersten Quartals 80 772,59 Mt., Anteil an den Beiträgen 43 785,68 Mt., an lokalen Extrabeiträgen 29 069,70 Mt., Zinsen 141,51 Mt., sonstige Einnahmen 7578,46 Mt. Ausgaben der Lokalkassen: Lohnbewegungen 2881,14 Mt., Agitation 4946,59 Mt., Entschädigung der Ortsverwaltungen 11 090,85 Mt., Gehälter für Angestellte 20 776,90 Mt., sonstige Entschädigungen 1271,94 Mt., Sitzungsgeld 1995,76 Mt., Porto, Miete usw. 4748,72 Mt., Bureaubedarf 2824,42 Mt., Kartell- und Sekretariatsbeiträge 4144,71 Mt., Kosten der Arbeitsnachweise 130,80 Mt., für Bibliothekszwecke 587,78 Mt., Konferenzen 1169,50 Mt., 3 Proz. für die Unterfügungskasse 138,12 Mt., lokale Nothilfeunterstützung 1322,05 Mt., Genesungsgeldunterstützung 467,45 Mt., Streikunterstützung 17 206,01 Mt., Streikunterstützung an andere Gewerkschaften 221 Mt., sonstige Zuwendungen an andere Organisationen 671,43 Mt. Die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen beziffert sich im zweiten Quartal auf 161 338,94 Mt., Bestand für das dritte Quartal verbleibt 84 907,87 Mt.

Die Abrechnung der Hauptkasse ist folgende: Bestand am Schluß des ersten Quartals 173 844,12 M., Einnahmen an Eintrittsgeldern 1905,60 M., an Beiträgen à 70 Pf. 142 552,20 M., à 50 Pf. 29 432,50 M., à 35 Pf. 9652,30 M., à 25 Pf. 4463,25 M., à 10 Pf. 1604,20 M., sonstige Einnahmen 44,41 M. Ausgaben der Hauptkasse: Reiseunterstützung 620,35 M., Arbeitslohnunterstützung 15 427,28 M., Krankenunterstützung 21 577,05 M., Beerdigungsbeihilfe 2125,10 M., Streikunterstützung 82 262,15 M., Kosten der Lohnbewegungen 811,25 M., Gemahregeltenunterstützung 488,80 M., Notfallunterstützung 125 M., Rechtshilfe 2486 M., Gewerkschaftsbund 768,39 M., Unterstufung an andere Organisationen 16 720,85 M., Unterstufungskasse 777,22 M., Konferenzen 558,80 M., Tarifamt 270 M., Verschiedene Ausgaben 1513,39 M.

Das Verbandsvermögen betrug am Schluß des zweiten Quartals 147 588,74 M.

Während im ersten Quartal rund 82 000 M. für Lohnkämpfe ausgegeben wurden, betrug diese Ausgabe im zweiten Quartal rund 83 000 M. Da nunmehr auch die Einführung der sozialen Unterstufungen mehr als bisher in Erscheinung tritt, ist der Rückgang des Verbandsvermögens um 28 000 M. erklärlich. Er sollte aber allen denen ernsthaft zu denken geben, die sich noch immer einer anderweitigen Regelung der Beiträge entgegenstemmen.

Erfolgreicher Tapeziererstreit und Tarifabschluß in Leipzig.

Seit Jahren bemühten wir uns, zu einem allgemeinen Tarifvertrag für das Tapezierer- und Dekorationsgewerbe Leipzigs zu kommen. Alle Versuche scheiterten bisher immer an der Frage der Akkordarbeit, die von den Kollegen grundsätzlich abgelehnt wird. Im Herbst vergangenen Jahres mußten die Arbeitgeber auf Grund des einmütigen Widerstandes der Gehilfenkassen die Forderung auf Einführung der Akkordarbeit endgültig fallen lassen. Nun erst war für uns die Bahn frei zur tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsverhältnisse. Nach monatelangen Verhandlungen ist jetzt durch einen siebenstägigen allgemeinen Ausstand in Verbindung mit einer beachtlichen Erhöhung der bisherigen Löhne der Abschluß eines Tarifvertrages erreicht worden, der eine durchaus befriedigende Lösung darstellt. Damit ist in den geschlossenen Widerstand der Innungen im Freistaat Sachsen gegen Abschluß von Beiträgen Breche geschaffen.

Die Arbeitszeit wurde mit 48 Stunden abgeschlossen. Für alle Betriebe, die 45 oder 46 Stunden arbeiteten, bleibt die kürzere Arbeitszeit bestehen. An Zuschlägen sind festgesetzt für Überstunden 33 1/2 Proz., Nachtarbeit 100 Proz., Sonntagsarbeit 50 Proz. Hinsichtlich der Ferien waren die Arbeitgeber besonders engherzig, doch gelang auch hier eine Verbesserung des bisherigen Zustandes, sie betragen nunmehr zwei bis sieben Tage. Die Verpflichtung zur Benutzung des Nachmittages ist festgelegt. Nicht erreicht wurde die von uns geforderte Regelung der Lehrverhältnisse, ein Gebiet, in welches einzudringen uns die althergebrachte kleinteiliger Einteilung der Innung verweigerte. Hier gilt es in der Zukunft, im Interesse des beruflichen Nachwuchses sowie der Gesamtkollegenchaft unsere Bemühungen fortzusetzen. An Mindestlöhnen sind vereinbart ab 21. August bis Ende Oktober für 23jährige Gehilfen 1 M., Vedermitarbeiter 1,10 M., Näherinnen 58 Pf., Matragnarbeiterinnen 60 Pf. Die bisherigen Leistungszuschläge werden weiter gezahlt.

Der Kampf selbst ist von der Kollegenschaft trotz verschiedener ungünstiger Umstände in musterwürdiger Disziplin durchgeführt worden, trotzdem die Polizei verluste, Zwischenfälle zu provozieren. Die Absichtstendenzen haben durch diese Bewegung endlich den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Stärke ist gestärkt, den Arbeitgebern erneut Respekt eingeholt worden. Das Ertrugene zu halten und auszubauen, muß Aufgabe aller Kolleginnen und Kollegen sein. Deshalb weiter vorwärts unter der Devise: Einigkeit macht stark! W. Frahnert.

Korrespondenzen.

Keutlingen. Die hiesige Ortsverwaltung veranstaltete einen Kursus in Buchführung, Buchselbstlehre, Geschäftsbuch und Prozedurkunde. Es hatten sich 15 Kollegen und eine Kollegin eingefunden, darunter einige Pfälzinger Kollegen, die anerkenntnismäßig bis zum Schluß ausfielen, während von den übrigen ein Teil nicht bis zur Beendigung des Kursus ausblieb. Am Schluß des Kursus legten die Schüler Zeugnis davon ab, daß sie in den 40 Schulstunden wertvolles Wissen erworben hatten. Dem Kursleiter wurde ein Geschenk als Dank für seine

Bemühungen überreicht. Möge dieser kleine Anfang den anderen Kollegen ein Ansporn sein zu gleichen Taten. Darum im kommenden Winter frisch ans Werk. — Wissen ist Macht.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ermahnt, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Die Sattler der Orthopädischen Werke in Königsberg, Allenstein, Elbing und Insterburg stehen im Streik.

Fahrzeugindustrie.

Halle a. d. S. Die Sattler bei Rahte u. Sohn sind ausgesperrt.

Brandenburg a. d. H. Die Aussperrung bei Reichstein dauert an.

Wismar. Der Lohnkampf ist mit Erfolg beendet.

Tapezierergewerbe.

Leipzig. Der Ausstand ist beendet. Ein Tarif kam zustande. Der Mindestlohn wird auf 1 M. erhöht.

Haltet den Zugang zu den Streikorten fern!

Krankentafelwahl in Berlin.

Am Sonnabend, den 26. September, nachmittags von 1 bis 6 Uhr, finden die Ausschuhwahlen zur Ordirantenkasse der Buchbinder statt. Die Wahllokale befinden sich in dem Bureau der Kasse, Stralauer Straße 7/9 und im Restaurant von Rathmann, Wilhelmstraße 118.

Da vornehmlich unsere Kollegen aus den Portefeullerbetrieben bei der Buchbinderkasse versichert sind, ist uns eine entsprechende Anzahl Ausschuhmitglieder überlassen worden, und ist es Pflicht aller Versicherten, sich an der Wahl zu beteiligen.

Zur Vereinfachung der Wahl wird empfohlen, daß der Vertrauensmann sich vom Arbeitgeber einen Auszug sämtlicher Versicherten mit ihren Nummern geben läßt, und so für den ganzen Betrieb die Wahlscheine in Empfang nimmt. Die Wahlkarten sind nur im Bureau der Kasse erhältlich vom 19. September bis 25. September. Die Wahlvorschlüge des Buchbinderverbandes sind mit den Vorschlägen unseres Verbandes verbunden und führen die Nr. 2. Es wird gebeten, nur den Wahlvorschlag Nr. 2 zu wählen.

Bücherchau.

Hugo Heilmann, M. d. R. „Der Kampf um die Aufwertung.“ Von Helfferich bis Hindenburg. Verlag J. H. W. Diez Nachf. Berlin. 88 Seiten broschiert — 1 M.

Als das Aufwertungsgesetz von dem „Retter“ endgültig unterzeichnet war, überschwemmte den Büchermarkt eine Fülle von „populären“ Aufwertungsschriften. Aber nirgends gab es eine kurze, sachliche Uebersicht über die einzelnen Fäden, die sich zu dem „Aufwertungsgesetz“ verdichteten, zu jenem Netz, in dem man gutgläubige Rentner und Sparrer jetzt glücklich gefangen hat.

Das Verdienst des allgemein als sachlich und kenntnisreich bekannten Vorstehenden des Hauptauschusses des Reichstages Hugo Heilmann ist es, uns ein Buch gegeben zu haben, das in kurzer, knapper Form alles Wesentliche herausgearbeitet, klar und eindeutig die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Kampf kennzeichnet und mit besonderer Ausführlichkeit die verlogene doppelzüngige Haltung der Deutschnationalen an den Pranger stellt. Gerade dieses letztere dürfte für alle agitatorisch tätigen Genossen überaus wertvoll sein, da diese Dinge im Zusammenhang noch in keiner Schrift behandelt wurden. Besonders für die kommenden Wahlen kann dieses Buch nicht genug empfohlen werden. Es ist eine scharfe Waffe im Kampf gegen die Reaktion! Der Inhalt gibt das ganze Aufwertungsgesetz im Wortlaut wieder.

Der kleine Brochhaus, vierte Lieferung, Preis 1,90 M., ist soeben erschienen. Das ganze Werk erscheint in zehn Lieferungen, es wird zirka 40 000 Stichwörter und 5400 Abbildungen enthalten. Ferner 30 einfarbige und bunte Tafeln und Karten sowie 37 Uebersichten und Zeitfahnen. Das vorliegende Heft bringt viel Interessantes. So lernen wir das Horoskop Wallensteins erkennen, erfahren, daß ein Grünlandwal bis zu 30 000 Kilo Speck zu liefern vermag, daß

in Transvaal mehr Gold gefunden wird als in der ganzen übrigen Welt, daß die Gitarre zuerst durch die Mauren nach Spanien gebracht wurde usw. Die ganze Weltgeschichte von den frühesten Zeiten bis zur unmittelbaren Gegenwart, vom Regiererkönig Menes bis zum Reichspräsidenten Hindenburg wird uns auf drei Seiten komprimiert vorgeführt. Besonders Interesse dürften ferner zwei Uebersichten „Genossenschaften“ und „Gewerkschaften“ erwecken, die beide ein klares Bild von Entwicklung und Aufbau dieser wichtigen Faktoren in unserm sozialen Leben vermitteln. Unter „Gerichtswesen“ wird eine leicht verständliche Darstellung des Instanzenweges gebracht, den so mancher nicht kennt. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung an.

20 Jahre Kampf um Jugendschutz und Jugendrecht. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin, Belle-Alliance-Platz 8. 48 Seiten. Preis 60 Pf. — Eine gute Informationsquelle für jeden, der sich für die Jugendbewegung und ihre Bestrebungen interessiert und diese unterstützen will.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 31. August bis 6. September ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

Ohne Saat keine Ernte! Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Lohnpolitik. Pünktliche Beitragszahlung stärkt unsere Kampfkraft!

Denk daran!

Alle Ortsverwaltungen, welche die Monatsberichtsartikeln noch nicht eingesandt haben, müssen dies sofort erledigen.

Auf Antrag der Ortsverwaltungen wurden wegen Streikbruch ausgeschlossen:

Alfred Jäkel (B.-Nr. 29 708), Rud. Bethle (B.-Nr. 29 745), Willy Straub (B.-Nr. 3908), Alfred v. d. Weghe (B.-Nr. 98 561), Rofe Koch (B.-Nr. 98 546), alle aus Hamburg, und Eugen Bader (B.-Nr. 88 696), Stuttgart. Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Statuts wird Ernst Nische, Werday i. S. (Buchn. 6684) aus dem Verband ausgeschlossen.

Der Vorstand.

Ortsverwaltung Beelitz.

Die Auszahlung jeglicher Unterstützung wird Sonnabends, nachmittags von 12 bis 2 Uhr, in der Wohnung des Kollegen Sommer, Am Birkenhain 1, erledigt. Zu einer anderen Zeit werden Gelder an unsere Mitglieder nicht ausgezahlt. Erwerbslose müssen sich Dienstags und Freitags ebenfalls beim Kollegen Sommer, von 5 bis 7 Uhr nachmittags zur Kontrolle melden. Kollegen! Erleichtert euren Funtkontrollanten die Arbeit! Die Ortsverwaltung.

Berjammlungskalender.

Berlin. Donnerstag, den 10. September, abends 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 4. Bericht vom Gewerkschaftstoungreß. — Dienstag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Versammlung der Betriebsräte aller Branchen.

Keutlingen. Am Samstag, den 5. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Monatsversammlung. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Sterbefahel.

Güstrow. Am 24. August starb an einem Lungenerleiden unser Kollege, der Sattler Friedrich Dankewardt im Alter von 21 Jahren.

Nürnberg. In Blutvergiftung starb im Alter von 48 Jahren unser Kollege, der Sattler Franz Banik.

Leipzig. Am 10. Juli starb der Tapezierer Max Winter.

Offenbad a. M. Am 14. August verstarb der Portefeuller Gabriel Outjahr, 54 Jahre alt. Er war Mitbegründer des früheren Portefeullerverbandes und 25 Jahre Verbandsmitglied.

Berlin. Am 26. August starb der Tischner Hermann Scholz im Alter von 31 Jahren an einem Lungenerleiden. Ehre ihrem Andenken.